

Europa ist gewissermaßen das Spielfeld, auf dem sich sowohl zwischenstaatliche Integration als auch das Nachdenken darüber entwickelt haben. Beides birgt eine negative wie eine positive Botschaft. Was die reale Entwicklung anbelangt, so war das Niveau des gewaltsamen zwischenstaatlichen Konfliktaustrags, an Kriegen, im neuzeitlichen Europa weltregional vergleichend betrachtet besonders hoch; dafür hat Europa heute die größte Dichte an weltregional-zwischenstaatlich institutionalisierter Kooperation und Integration (vgl. Übersicht 2.1 und 2.2). Auch gedanklich reicht das Nachdenken über Europa-Projekte zur Befriedung der zwischenstaatlichen Beziehungen in der Region historisch weit zurück und hat sich in seiner fachlich-politikwissenschaftlichen Gestalt, den klassischen Integrationstheorien (s. Kap.1), ganz wesentlich am Beispiel der europäischen Integration entwickelt – doch dem steht ein Eurozentrismus in eben diesem Denken gegenüber, das dazu neigt, die europäischen integrativen Errungenschaften unkritisch auf andere Regionen übertragen zu wollen, politisch praktisch wie in theoretisch-erklärender Absicht. Es ist ein zentrales Anliegen des vorliegenden Buches, durch weltregional-differenzierte Betrachtung insofern vorsichtiger vorzugehen. Auch hier werden verallgemeinerbare Aussagen über die Bedingungen zwischenstaatlicher Integration angestrebt, aber gerade das erfordert, die jeweiligen historisch-gesellschaftlichen Kontextbedingungen zu berücksichtigen.

Integrations-
Vorreiter Europa:
positive und nega-
tive Aspekte

Übersicht 2.1 Zentrale europäische Institutionen – Mitgliedschaft

Europäische Union

28 EU-Mitgliedstaaten (Beitrittsjahr):

Ursprüngliche 6 Gründungsmitglieder (1951/1957): EGKS/EWG-6

Belgien, (BR) Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande

Erweiterung 1973 (+3): EG 9

Dänemark, Großbritannien, Irland

Erweiterung 1981 (+1): EG-10

Griechenland

Erweiterung 1986 (+2): EG-12

Portugal, Spanien

Erweiterung 1995 (+3): EU-15

Finnland, Österreich, Schweden

Erweiterung („Osterweiterung“) 2004 (+10): EU-25

Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern

Erweiterung 2007 (+2): EU-27

Bulgarien, Rumänien

Erweiterung 2008 (+1): EU-28

Kroatien

Europarat

47 Mitgliedstaaten (alle EU-Mitglieder und insbesondere auch Russland)

OSZE

56 Teilnehmerstaaten (alle EU-Mitglieder, u. a. auch Russland, Kanada und USA)

Übersicht 2.2 Zentrale europäische Institutionen – Hauptaufgaben und -organe

Europäische Union

http://europa.eu/index_de.htm

Ziele: eine immer engere Union (man beachte die dynamisch, aber unbestimmte Formulierung); zuvor ein Binnenmarkt (mit vier Grundfreiheiten für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Niederlassung) und zunehmend vereinheitlichter Regulation (Produktstandards etc.); Koordination in weiteren Politikbereichen

(Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik); überwiegend normsetzende/regulative Politik durch Verordnungen und Richtlinien nach innen; nach außen Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Hauptorgane:

Europäischer Rat (der Staats- und Regierungschefs für Leitentscheidungen)

(Minister-) **Rat** (der Fachminister als Hauptgesetzgeber, heute meist in Kooperation mit dem EP)

Kommission (mit Initiativmonopol für Gesetzgebung sowie als Exekutive für Einzelentscheidungen [etwa Fusionskontrolle])

Europäisches Parlament (seit 1979 direkt gewählt – einzigartig –; beschränkte, aber sich ausdehnende Haushalts- und gesetzgeberische Kompetenz (faktisches Veto-Recht in den meisten Fällen))

Europäischer Gerichtshof (höchste Entscheidungsinstanz zur Auslegung des Gemeinschaftsrechts; mit nationaler Rechtsprechung verzahnt über Vorab-Entscheidungs-Verfahren (s. Text); pro-integrative Wirkung durch Richterrecht: Vorrang und direkte Geltung des Gemeinschaftsrechts)

Europarat

<http://www.coe.int/defaultde.asp>

Ziele: Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit v. a. im Rahmen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK; 1950) und ihrer Verfahren, darunter prominent Individualbeschwerde vor dem EuGHMR auch gegen den eigenen Staat; Förderung diverser ökonomischer und kultureller Kooperation durch Erarbeitung von Konventionen

Hauptorgane:

Ministerkomitee; Parlamentarische Versammlung; Generalsekretär; im Rahmen der EMRK: Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

OSZE

<http://www.osce.org/>

Ziele: friedlicher Konfliktaustrag; Förderung von Demokratie

Hauptorgane: Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs (unregelmäßig); Ministerrat (der Außenminister; jährliches Treffen); Ständiger Rat (auf Botschaferebene); Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte; Hoher Kommissar für Nationale Minderheiten; Generalsekretär

gestufte wirtschaftliche (Markt-)Integration, zwischenstaatliche Kooperation und politische Integration – die institutionelle Vielfalt Europas

Im vorausgegangenen theoretisch-grundlegenden Kapitel wurde schon betont, dass wir Integration im Sinne von politischen Projekten friedlich-freiwilliger zwischenstaatlicher Integration verstehen wollen. Es geht also um institutionalisierte zwischenstaatliche Kooperation bis hin zur politischen Integration. Der Begriff der Integration wird, als wirtschaftliche Integration, oft auf die Herausbildung eines Marktes bezogen (Markt-Integration). Diese kann sich, auch grenzüberschreitend, ganz spontan ergeben – etwa als Schwarzmarkt. Legale grenzüberschreitende Märkte bedürfen jedoch zwischenstaatlich gesetzter und gewahrter Rahmenbedingungen. Auch *Marktintegration* ist somit ein politisches Projekt *zwischenstaatlicher* Kooperation, etwa in Gestalt von Freihandelszonen. Darüber hinausgehende Formen der wirtschaftlichen Integration wie gemeinsame Märkte, die über den Freihandel mit Gütern hinaus z. B. Kapitalverkehrs- und Niederlassungsfreiheit institutionalisieren oder eine gemeinsame Währung (Währungsunion) oder gar eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, sind umso mehr Projekte der politischen Integration. Die Europäische Union ist sehr weit in diese Richtung fortgeschritten und steht daher im Zentrum auch dieses Kapitels. Darüber sollte jedoch nicht das weitere Spektrum zwischenstaatlich institutionalisierter Kooperation in Europa vergessen werden. Es umfasst insbesondere den Europarat und, geographisch in ihrer Mitgliedschaft sehr weit greifend, auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

2.1 Wie entstand die Europäische Integration?

die gewaltsamen Ursprünge des zunächst europäischen neuzeitlichen Staatensystems

Es geht hier also um *zwischenstaatliche* Kooperation und Integration. Staatlichkeit in ihrer neuzeitlichen Gestalt wird also vorausgesetzt. Die hier behandelten politischen Projekte streben nach institutionalisierter Kooperation zwischen Staaten. Die Entwicklung solcher Staaten, in ihrer neuzeitlichen Gestalt (s. dazu Benz 2008) als Territorial- und Anstaltsstaat, ist selbst ursprünglich ein europäischer Vorgang, an dessen Ende der territorial klar bestimmte, mit eigenen Institutionen (Anstaltsstaat) ausgestattete Nationalstaat steht. Die Herausbildung dieser Staatsform zunächst in Europa war ein ausgesprochen gewaltsamer, eng mit Krieg verbundener Prozess; in den berühmt gewordenen Worten des historischen Soziologen Charles Tilly: „war made the state, and the state made war“ (Tilly 1975, 42; vgl. auch Tilly 1990, Kap. 3). Alle drei Eigenschaften des modernen Staates: Territorialität, Anstaltlichkeit und Nationalismus haben zu dieser engen Beziehung zwischen (sich entwickelndem neuzeitlichen) Staat und Krieg beigetragen. Das Territorium, seine Erweiterung bzw. Abgrenzung und Wahrung, war eine zentrale Konfliktursache. Der Aufbau staatlicher (Verwaltungs-)Apparate wurde angesichts von

Militärausgaben dominierter frühneuzeitlicher Staatshaushalte weitgehend vom kriegsbedingten Personal- und Finanzbedarf geprägt (stehende Heere, deren Verwaltung – und Finanzierung, was wesentlich zur Entwicklung des Steuerstaates beigetragen hat, also der fiskalischen Verwaltung). Und der Nationalismus beinhaltete die Forderung nach dem nunmehr als *eigenem* deklarierten Staat und wirkte damit zugleich verschärfend auf das Niveau des zwischenstaatlichen Konfliktaustrags. Die nachstehende Übersicht (2.3) aus dem Werk Kalevi Holsti (1996, mit Bezug auf 1991), der sich mit der neuzeitlichen Entwicklung von Krieg und Frieden beschäftigt hat, macht diese Kriegsträchtigkeit des zunächst europäischen Staatensystems deutlich, aber auch, dass im Verlauf der globalen Ausdehnung dieses Staatensystems das Niveau an zwischenstaatlicher Gewalt nicht proportional mitgewachsen ist, die (zur Staatenzahl) relative Häufigkeit zwischenstaatlicher Kriege sogar abgenommen hat – mit Ausnahme der Zwischenkriegszeit einschließlich des Zweiten Weltkriegs.

Übersicht 2.3 Die Abnahme zwischenstaatlicher Kriege 1715–1995			
Period	Avg. no. states in central system	No. central system inter-state wars	Interstate wars/ state per year
1715–1814	19	36	0.019
1815–1914	21	29	0.014
1918–1941	30	25	0.036
1945–1995	140	38	0.005
Quelle: Holsti 1996, 24, Tab. 2.2			

Mit anderen Worten: während sich das ursprünglich europäische System der neuzeitlichen Staaten global ausgedehnt hat, gilt dies nicht in gleichem Maße für die zwischenstaatliche Kriegsträchtigkeit, die dieses ursprünglich europäische System kennzeichnete.

Gleichwohl hat das europäisch-neuzeitliche Kriegsgeschehen das Nachdenken über die internationale Politik auf zweifache Weise beeinflusst. Es hat, und das gehört zur geistigen Vorgeschichte europäischer Integration, das Nachdenken über europäische Friedensprojekte, über die Möglichkeit der Institutionalisierung von Bedingungen für den zwischenstaatlichen Umgang,

und ihre geistigen
Auswirkungen:
Friedensprojekte
und Realismus

die diesen weniger kriegsträchtig machen, angeregt. Sowohl das berühmte Friedensprojekt des Abbé de Saint-Pierre (1713; Textauszug etwa in Brown/Nardin/Rengger 2002, 394–398) wie letztlich auch Kants Gedanken in seiner Schrift „Zum Ewigen Frieden“ (1795) lassen sich in diese Vordenker-Tradition europäischer Friedensordnung einreihen. Andererseits hat das neuzeitliche europäische Kriegsgeschehen zur Herausbildung des Realismus als Großtheorie oder Forschungsprogramm der Analyse internationaler Politik beigetragen mit seiner pessimistischen Sicht, dass mit – zwischenstaatlichem – Krieg immer zu rechnen und der Zustand der Anarchie unter den Staaten nicht überwindbar sei. Der Realismus sah sich dann durch die zahlreichen Kriege nach 1945 zwischen Staaten der so genannten Dritten Welt bestätigt, übersah dabei jedoch, dass diese statistisch weit weniger häufig waren, als bei bloßer Fortschreibung europäisch-frühneuzeitlicher Tendenzen zu erwarten gewesen wäre. Im Süden ging es oft sehr gewaltsam zu, aber das Gros der Gewaltsamkeit bestand aus internen Gewaltkonflikten oder Gewaltkonflikten mit Staaten außerhalb der Region (Kolonialmächte; Interventionen), nicht aus Kriegen zwischen Staaten der Region. Und das Ausbleiben weiterer zwischenstaatlicher Konflikte in Europa nach 1945 konnte der Realismus allenfalls auf die dämpfende Wirkung des übergeordneten Ost-West-Konfliktes zurückführen. Mit dem Phänomen europäischer Integration und seiner intern befriedenden Wirkung tat er sich theoretisch schwer: die Aufhebung zwischenstaatlicher Anarchie durch friedliche supranationale Integration war in seiner Perspektive im Grunde ein ungelöstes Rätsel. Während der Realismus somit ausbleibende Kriege nicht hinreichend erklärt, lässt das eher idealistische Friedensdenken unerklärt, warum angesichts Jahrhunderte langen europäischen Kriegsgeschehens dieses Denken erst nach 1945 in die Tat umgesetzt wurde. Keines der beiden Paradigmen, weder der Realismus, noch der Idealismus/Institutionalismus, erklärt also genug. Eine Kombination beider führt in Sachen europäischer Integration weiter. Der Realismus formuliert mit seiner Erwartung steten zwischenstaatlichen Krieges gleichsam die Problembedingung, den Anlass für die Suche nach idealistisch-institutionalistischen Lösungen. Der Idealismus allein kann jedoch nicht erklären, warum seine Lösungsvorschläge (erst) nach 1945 umgesetzt wurden.

Der (Neo-)Realismus setzt, darin unhistorisch und unsoziologisch, den nach außen sicherheitspolitisch, insbesondere militärisch, handlungsfähigen Staat quasi voraus – und leitet ab, was in einem – anarchischen – System solcher Staaten zu erwarten ist: Krieg, oder zumindest permanent drohender Krieg. Die implizite Begründung des Realismus für diese Annahme immer kriegsbedrohter Staaten ist letztlich eine darwinistische: Wer in einem anarchischen System nicht mit Krieg rechnet, sich selbst darauf vorbereitet, ist mit großer Wahrscheinlichkeit nicht lange unabhängig-selbständiges Mitglied

neuzeitliche
europäische Aus-
scheidungswett-
kämpfe und zwei
Weltkriege als
Erfahrungshinter-
grund in Europa
allgemein

im Staatensystem. Er wird zum Opfer aggressiver anderer Staaten. Der Blick auf die Staatsentwicklung und Realität anderer Weltregionen wird noch zeigen, dass die dortigen Bedingungen z. T. durchaus andere sind, historisch-soziologisch.¹ Die Menschen sind dort nicht etwa kulturell friedlicher, aber die Entstehungs- und Handlungsbedingungen der Staaten sind z. T. so beschaffen, dass zwischenstaatliche Gewalt weit weniger auftritt als realistisch anzunehmen wäre. Für Europa jedoch lassen sich die Staaten des 20. Jahrhunderts tatsächlich als Resultat frühneuzeitlicher „Ausscheidungswettkämpfe“ (so der Soziologe Norbert Elias) verstehen. Sie haben herbe Kriegserfahrung gemacht, kumulierend in zwei Weltkriegen. Und erst die Erfahrung mit zwei solchen Mega-Kriegen in dichter Folge verlieh älteren Friedensideen zwischenstaatlicher Kooperation neue Wirkmächtigkeit. Auch wenn die Kriegserfahrung in den Staaten Europas unterschiedlich war – in großen Staaten anders als in kleinen, in Deutschland als klarem Aggressor im zweiten Weltkrieg (und als dessen Verlierer) anders als in den übrigen Staaten –, so gab es doch unter den europäischen außenpolitischen Eliten eine dominante Strömung, die sich überstaatliche Institutionen als Ausweg nicht nur abstrakt vorstellen konnte, sondern sie für konkret gangbar hielt und sie auch emotional unterstützte.

Jeffrey Vanke (2010) hat dies jüngst in einer aufwendigen geschichtswissenschaftlichen Arbeit dargelegt, die sich methodisch stark auf die Auswertung zeitgenössischer Dokumente stützt, auch interner, die eher nicht zur Außendarstellung verfasst wurden und somit mit größerer Wahrscheinlichkeit die wahren Motive der Akteure erkennen lassen, aber auch auf zeitgenössische Umfrageergebnisse. Er arbeitet die Bedeutung des von ihm so genannten „emotive Europeanism“, des gefühlsmäßigen Europäertums, heraus. Damit meint er „the idea and the feeling that West European nation-states must establish an unprecedented and enduring unity“ (ebd., 1). Die Betonung gerade auch der emotionalen Natur dieser Einstellung ist im fachlich-politikwissenschaftlichen Kontext, näherhin dem der Analyse internationaler Politik, ein Beispiel der gerade beginnenden vorsichtigen Hinwendung zur analytischen Berücksichtigung der Rolle von Emotionen. Dies im Kontrast zu all jenen Ansätzen (wie Realismus und Institutionalismus), die die Akteure als (rein) rational – also nicht emotional – modellieren. Im Kontext der Analyse Europäischer Integration ist es zugleich eine Reaktion auf Interpretationen

gefühlsmäßiges
Europäertum
(emotive Euro-
peanism)

1 Darüber hinaus, so hat jüngst Hoffman (2015) argumentiert, lässt sich aus diesem europäischen ‚Turnier‘, wie er sein Modell der besonderen heimischen und internationalen Bedingungen der zwischenstaatlichen Kriegsträchtigkeit in Europa zwischen 1300 und 1900 nennt, auch erklären, warum diese Weltregion zur kolonialen Eroberung in allen anderen Weltregionen in der Lage war (und nicht umgekehrt).

des Integrationsprozesses, die ihn im Kontrast zur klassischen, oft normativ pro-europäisch gefärbten Integrationstheorie als eher nüchterne Entscheidung staatlicher Eliten zum Erhalt ihrer staatlichen Steuerungsfähigkeit gerade durch Integration betrachten (wie es prominent der Wirtschaftshistoriker Alan Milward [1992] mit seiner These von der „Rettung des Nationalstaates“ durch Integration getan hat). Dieses emotionale Europäertum weist Vanke für drei von ihm untersuchte Gründungsstaaten der Europäischen Integration nach: Frankreich, Deutschland und die Niederlande. Es ist (ebd., 6) gekennzeichnet dadurch, dass es

- ausweislich der Umfragedaten in allen Alters- und Berufsgruppen stark ausgeprägt war, besonders aber unter jüngeren Wähler(inne)n;
- eigenständig war, also über wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen hinausging;
- emotionaler und nicht nur rein rationaler Natur war, wobei es drei gefühlsmäßige Komponenten aufwies: Solidarität (unter den [West-] Europäern), Stolz (auf das Projekt der Europäischen Integration) und die Einstellung, dass Unterstützung des Projektes eine Sache der Ehre sei.

Dieses emotionale Europäertum wies also in dieselbe Richtung wie die im Folgenden noch anzusprechenden rationalen Erwägungen für eine europäische Integration. Es ist auch interessant, dass nach etwa fünfzig Jahren diese den Zeitgenossen wohl intuitiv völlig klare, selbstverständliche emotionale Einstellung heute mit erheblichem Aufwand analytisch herausgearbeitet werden muss – z. T., weil sie unter den im Verhältnis zur Gründergeneration Nachgeborenen abklingt. Ich selbst kann aus meiner Zeit (1985/86) am Europa-Kolleg in Brügge, einer pro-integrativen Postgraduierten-Studieneinrichtung, als anekdotische Evidenz anführen, dass dort unter den älteren Lehrenden, die noch Weltkriegserfahrung hatten, der emotive Europeanism noch sehr deutlich zu spüren war. Mir als Nachgeborenem zuweilen fast zu sehr, denn die nüchtern-kritische Erforschung des Projektes der Europäischen Integration wird dadurch nicht immer gefördert. Andererseits war das emotionale Europäertum aber auch unter den Studierenden aus Spanien und Portugal, die gerade der EG beigetreten waren, zu spüren.² Der erhebliche Aufwand einer Arbeit wie der von Vanke hat gegenüber solchen persönlichen Wahrnehmungen

2 Methodisch ist diese anekdotische Evidenz natürlich problematisch. Unter anderem wegen der selbst-selektiven Tendenz, dass ausgesprochene Integrationsgegner vermutlich weder als Lehrende noch als Studierende ans Europa-Kolleg streben. Die Auswahl der dort Versammelten ist also zwar multi-national, aber nicht zwangsläufig repräsentativ für die Einstellung der breiten Bevölkerung in den jeweiligen Heimatstaaten.

gen den Vorteil, die Bedeutung des gefühlsmäßigen Europäertums auf methodisch soliderer Basis zu erfassen.

Neben der Bedeutung des emotive Europeanism kommt für – das am Ende des Krieges geteilte – Deutschland, genauer seinen westlichen Teil, die merklich andere Verarbeitung der Erfahrung des zweiten im Vergleich zu der des ersten Weltkrieges hinzu. War nach letzterem noch Revanchismus verbreitet und im Bereich der wirtschaftlichen Eliten das Denken in Kategorien zu erobernder Großräume noch nicht überwunden, so erschien nach dem zweiten Weltkrieg der Weg zur Rückgewinnung nationaler Souveränität über die Beteiligung an europäischer Integration (und an der westlichen Allianz, der NATO) zu führen – die so genannte Westbindung Westdeutschlands.³ Und unter den ökonomischen Eliten Westdeutschlands wurde das Denken in den Kategorien der durch Eroberung zu schaffenden Großraumwirtschaft aufgegeben zugunsten eines Einschwenkens auf westlich-liberales ökonomisches Denken, das in wirtschaftlicher Verflechtung, Interdependenz, den Weg zu neuen Märkten und damit zu ökonomischem Wiederaufstieg sah⁴ (zur unterschiedlichen Verarbeitung beider Weltkriege s. Niedhart/Riesenberger 1992). Die mentale Bereitschaft zur Integration war somit insbesondere unter den Eliten des aktuell zwar niedergedrungenen, potenziell aber ökonomisch wie an Bevölkerung größten, geographisch zentralen europäischen Staates gegeben. Es lag im Interesse politischer und ökonomischer Eliten in Westdeutschland, sich auf supranationale Integration einzulassen – eine im weltregionalen Vergleich *in dieser Form* einzigartige Konstellation.⁵ Das realistisch, als zwischenstaatliches Ringen um Macht, zu verstehende Kriegsgeschehen in Europa kulminierte also am Ende des zweiten Weltkrieges in einer grenzüberschreitend unter den politischen und ökonomischen Eliten in Europa, auf besondere Weise auch im für den Integrationsprozess wichtigen Westdeutschland, geteilten Erfahrung, die sie integrationsgeneigt machte. Dies erlaubte, im Ver-

Verarbeitung der
Kriegserfahrung
in (West-)Deutsch-
land im Beson-
deren

3 Deren Bedeutung wird standardmäßig – und zu Recht – in allen Büchern zur (west)deutschen Nachkriegsaußenpolitik hervorgehoben; vgl. etwa Hellmann 2006, v. Bredow 2008 und Colschen 2010.

4 Aus Sicht des gesellschaftskritischen Forschungsprogramms: zur Rettung des Kapitalismus, zumindest in Westdeutschland, damit indirekt jedoch in Westeuropa insgesamt. Wobei die ‚Bedrohung‘ nicht nur ‚aus dem Osten‘, vom sowjetischen Kommunismus kam, sondern auch aus jenen gesellschaftlichen Strömungen, die der Meinung waren, dass „das kapitalistische System den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden ist“ – so das Ahlener Programm der CDU (!) noch 1947.

5 Die politische Weltkriegsverlierer-Rolle Deutschlands als zentralem Staat in der Weltregion war singulär; die Problematik des Wechsels der ökonomischen Philosophie von autoritärer Autarkie- und/oder Staatswirtschaft hin zur Bereitschaft zu liberaler Wirtschaftsintegration zeigt sich, wie wir sehen werden, auch in anderen Weltregionen, auf freilich je spezifische Weise.

lauf der 1950er Jahre, den Rückgriff auf ältere Integrationsgedanken und deren Umsetzung in Taten, und es bestimmte darüber hinaus auch den weiteren Werdegang der europäischen Integration mit, die als aus schrecklicher Kriegserfahrung geborenes Projekt lange Zeit politisch nur schwer angreifbar war (um den Preis, als „schlechter Europäer“ dazustehen) und die zugleich eine gewisse Bereitschaft zum Nachgeben und Kompromisse-Schließen in den späteren intergouvernementalen Verhandlungsrunden zum Ausbau und zur Vertiefung der europäischen Integration bewirkte. Bei allem Ringen um eigene Vorteile in den Verhandlungen über weitere EU-Integration, im Stil des bargaining also, konnte doch immer wieder auch an eine an konsensualer Problemlösung orientierte negotiating-Haltung, die Bereitschaft zum Nachgeben um des Projektes der Europäischen Integration⁶ willen, appelliert werden.⁷

In der Summe haben wir damit eine dreifach theoretisch kombinierte Erklärung für die supranationale Integrationsbereitschaft in (West)Europa⁸ und damit den Beginn der Europäischen Integration in den 1950er Jahren. Der Realismus formuliert das zugrunde liegende reale Problem: die friedliche Gestaltung von Beziehungen zwischen nach außen wehrhaften bis aggressiven Herrschaftsverbänden (Staaten). Der Idealismus bzw. Institutionalismus zeigt eine prinzipielle Lösungsmöglichkeit auf: die Institutionalisierung gewinnbringender, die beteiligten Staaten (und Gesellschaften) zunehmend interdependent verknüpfender Kooperation und von friedlichen Bearbeitungsmöglichkeiten verbleibender Konflikte. Erst die herbe Erfahrung zweier Weltkriege führt jedoch zu hinreichendem Einstellungswandel und zu geänderten Wahrnehmungen der eigenen Interessen und der Chancen ihrer Wahrung auch unter den Eliten – ein konstruktivistisch zu erfassender Vorgang.⁹ Damit wird in den 1950er Jahren der lange schon angedachte kooperativ-integrative Ausweg aus dem realistischen Sicherheitsdilemma gangbar und der

eine theoretisch
dreifach kombinierte
Erklärung
für den Beginn
der Europäischen
Integration in den
1950er Jahren

6 Großschreibung steht im Folgenden für den Bezug auf das konkrete Integrationsprojekt im Rahmen von EGKS/Euratom/EWG/EG/EU; Kleinschreibung bezieht sich auf den zugrunde liegenden allgemeinen Gedanken der Überwindung zwischenstaatlicher Gewalt in der Weltregion Europa eben mittels Integration.

7 Vgl. das vorausgegangene Kapitel zur hier zentralen Unterscheidung von bargaining und negotiating als Einstellungen und Verhaltensweisen an Verhandlungen Beteiligter.

8 Ost-Europa war durch Ausbruch des Kalten Krieges im Ost-West-Konflikt bis zu dessen Ende an der Beteiligung am daher zunächst nur westeuropäischen Integrationsprozess gehindert.

9 Eine gesellschaftskritisch-elitensoziologische Perspektive würde für den wichtigen deutschen Fall darauf hinweisen, dass es sich nicht nur um einen *Einstellungswandel* einer soziologisch gleich gebliebenen deutschen Elite handelt, sondern auch um eine *geänderte Zusammensetzung dieser Elite* selbst: die rheinisch-westdeutsche Kapitalfraktion dominierte unter den ökonomischen Eliten; die ostelbisch-aristokratisch-landwirtschaftliche war durch Enteignung (in Ostdeutschland) nicht mehr am Spiel der Auswahl westdeutscher wirtschaftlicher Strategien beteiligt.



<http://www.springer.com/978-3-658-11766-5>

Weltregionen im globalen Zeitalter

List, M.

2016, VIII, 257 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-11766-5